

Eine Runde Visionen spinnen

Ein Blick in die Postwachstumsgesellschaft



Prof. Dr. Angelika Zahrt
Ehrevorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND); von 1990 bis 1998 stellv. Vorsitzende, von 1998 bis 2007 Vorsitzende des BUND; 2006 Verleihung des Bundesverdienstkreuzes, 2009 des Deutschen Umweltpreises; Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung



Priv.-Doz. Dr. Irmel Seidl
Leiterin der Forschungseinheit Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Eidg. Forschungsanstalt WSL, Birmensdorf; Lehre zu Ökologischer Ökonomik an der Universität Zürich und der ETH Zürich

Bäume wachsen nicht in den Himmel. Ein unbegrenztes Wachstum in einer begrenzten Welt gibt es nicht. Und wenn wirtschaftliches Wachstum in den Ländern des Südens nötig ist, um Armut zu beseitigen und Infrastruktur in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Energieversorgung, Verkehr aufzubauen, dann braucht dies Energie und Ressourcen und verursacht Emissionen. Deshalb müssen die Industrieländer ihren Verbrauch massiv reduzieren und dies wird – bei allem nötigen und positiven technischen Fortschritt – mit einem Abschied vom westlichen Entwicklungsmodell verbunden sein. Ein Abschied vom gesellschaftlichen Leitbild des „schneller, weiter, mehr“.

Das sagt sich leicht, das schreibt sich leicht, aber es ist eine schwierige Aufgabe. Denn die Strukturen und Institutionen unserer Gesellschaft und Wirtschaft sind so gestaltet, dass sie nur funktionieren, wenn es Wachstum gibt. Das Gesundheitswesen braucht mehr Geld und die Pflegeversicherung, die Aktionäre wollen mehr Dividende und die Arbeitnehmer mehr Lohn, der Staat mehr Steuereinnahmen und die Konsumenten mehr Konsum. Wenn wir uns aus dieser Wachstumsabhängigkeit lösen wollen (und müssen), brauchen wir vielfältige Veränderungen in Strukturen und Institutionen, in Technik und Kultur, in unserem Denken und Zusammenleben. Damit wir auch ohne Wachstum gut leben können.

Ein zentrales Motiv für Wirtschaftswachstum ist die Schaffung von Arbeitsplätzen, um Vollbeschäftigung zu erreichen. Da bisher die Arbeitsproduktivität durch den technischen Fortschritt im Schnitt um 2 Prozent wächst, ist ein Wirtschaftswachstum von 2 Prozent nötig, um allein das bisherige Beschäftigungsniveau zu halten. Wenn es jetzt kein Wirtschaftswachstum oder eine Verringerung des Bruttoinlandsprodukts gibt, würde dies zwar voraussichtlich eine ökologische Entlastung bedeuten (durch geringeren Energieverbrauch und weniger CO₂-Ausstoß), aber gleichzeitig zu einer Vergrößerung der Arbeitslosigkeit führen. Um aus dieser Zwickmühle herauszukommen, gibt es zwei

Ansatzpunkte: die Verringerung der Arbeitsproduktivität und die Verringerung der Arbeitszeit.

Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität wird zumeist unhinterfragt als positiv angesehen. Sie erhöht die Chancen im globalen Wettbewerb, sie ist ein Argument für Lohnerhöhungen. Aber Erhöhung der Arbeitsproduktivität bedeutet auch dichtere Taktzeiten, Intensivierung der Arbeit, höheres Tempo, Zusammenlegung von Stellen mit der Folge, dass berufsbedingter Stress und danach stressbedingte Krankheiten zunehmen. Burn-out ist auf dem Weg zur Volkskrankheit. Die Krankenkassen melden erhöhte Kosten – die Senkung der Unternehmenskosten führt zu erhöhten Kosten für die Allgemeinheit.

Deshalb kann eine Verringerung der Arbeitsproduktivität – so ungewohnt das zunächst klingen mag – durchaus ein Ziel von Gewerkschaften und Politik sein. Ein politisches Instrument hierfür ist die ökologische Steuerreform, mit der die Anstrengungen zur Erhöhung der Produktivität umgelenkt werden von der bisher im Mittelpunkt stehenden Erhöhung der Arbeitsproduktivität zur Erhöhung der Produktivität von Energie und Ressourcen. Dafür muss die Steuerlast anders verteilt werden, der Einsatz von Arbeit entlastet, der Verbrauch von Energie und Ressourcen dagegen belastet werden. Damit würde auch das Argument einer geringeren Wettbewerbsfähigkeit bei verringerter Arbeitsproduktivität nicht mehr tragen, da die erhöhte Energieproduktivität ihrerseits die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen würde. Gleichzeitig müssten die gewerkschaftlichen Bestrebungen dahin gehen, in den Entwicklungs- und Schwellenländern die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Dies würde den Anreiz zu Arbeitsplatzverlagerungen verringern. Firmen, die von menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen profitieren, müssen öffentlich damit konfrontiert werden, der Absatz ihrer Produkte und ihre Finanzierungsmöglichkeiten sollten darunter leiden und sie zur Änderung der Arbeitsbedingungen auch in anderen Ländern bewegen.

Der zweite Ansatzpunkt ist eine Verkürzung der individuellen Arbeitszeit, um ein verringertes Arbeitsvolumen auf mehr Menschen aufzuteilen. Die Arbeitszeitverringerung war einmal zentrales Ziel der Gewerkschaften, mit der Einführung des arbeitsfreien Samstags über die 40-Stunden-Woche bis zur 35-Stunden-Woche in den 80er Jahren. Danach war die Gewerkschaftspolitik primär auf Lohnsteigerungen ausgerichtet. Es gibt keine anthropologische Grundkonstante, die nahelegt, dass eine geringere Arbeitszeit den Menschen nicht bekäme. Im Gegenteil, immer mehr Menschen wünschen sich eine ausgeglichene Bilanz von Arbeit und Leben (work-life-balance) in unterschiedlichen individuellen Ausgestaltungen. Sie möchten mehr Zeit für Familie und Freizeit, für ehrenamtliches Engagement, für eigene handwerkliche und gärtnerische Tätigkeiten, für ein Stück Selbstversorgung und Freiheit von Konsumgütern.

In einer Postwachstumsgesellschaft sind beide Strategien umgesetzt: Die Verringerung der Arbeitsproduktivität und damit der Arbeitsintensität führt zu einem angenehmeren und stressfreieren Arbeitsklima und verschiedene Formen der Arbeitszeitverringerung führen zu einer erhöhten Zahl von Beschäftigten. Da die geringere Arbeitszeit auch mit einem niedrigeren Einkommen verbunden sein wird – wovon die unteren Einkommensgruppen ausgenommen werden – hat die Selbstversorgung eine neue Bedeutung gewonnen, sowohl als finanzielle Entlastung, vor allem aber als sinnvolle Betätigung. Dies wird durch die Vermittlung handwerklichen und hauswirtschaftlichen Könnens in verschiedenen Bildungsinstitutionen unterstützt. Das Bildungssystem hat auch zum Ziel, die Bereitschaft und Fähigkeit zur Initiative und zum Mitmachen in gemeinschaftlichen Projekten und zur politischen Partizipation zu fördern. Mehr Zeit für eine gesündere Lebensführung, für gesunde Ernährung und mehr Bewegung, weniger Stress und größere Ausgeglichenheit durch unterschiedliche Tätigkeitsbereiche führen zu niedrigeren Gesundheitskosten. Das Mehr an Zeit wird auch genutzt werden für Pflegedienste, da ein allein auf professionelle Dienste ausgerichtetes Pflegesystem weder finanzierbar ist noch wünschenswert erscheint.

Der Konsum materieller Güter wird an Bedeutung verlieren, Statusgüter wie große Autos oder die neueste Mode werden nicht mehr wichtig sein. Dies auch deshalb, weil die Ein-

kommensunterschiede sich verringert haben. Der soziale Ausgleich wurde durch eine Veränderung von Einkommenssteuer und Vermögenssteuer und über größere Chancengleichheit durch ein vielfältiges, allen zugängliches Bildungssystem erhöht. Neben den privaten Gütern haben die Gemeingüter an Gewicht gewonnen. Die öffentlich zugänglichen Güter, wie Sport- und Kultureinrichtungen, Häuser der Eigenarbeit und Stadtgärten, sind attraktiv und werden intensiv genutzt.

Soweit ein Blick in die Postwachstumsgesellschaft. Alle diese – und viele andere Veränderungen, beispielsweise im Finanzmarkt, bei Unternehmensverfassungen, in der Steuerpolitik – können zu einer wachstumsbefriedeten Wirtschaft und Gesellschaft führen, die die Ansprüche an Energie und Ressourcen massiv verringert und gleichzeitig die Ansprüche an ein kreatives, selbstbestimmtes Leben, mit vielfältigen Aktivitäten und sozialen Beziehungen erhöhen und einlösen kann.

www.postwachstum.de



Irmi Seidl/Angelika Zahrt
Postwachstumsgesellschaft
Metropolis Verlag